

# 1 **Wir sind die stärkste der Parteien – Und jetzt?**

## 2 **Unsere Forderungen für den hochschulpolitischen**

### 3 **Aufbruch**

4 Bei der Bundestagswahl am 26. September hat die Sozialdemokratie in Deutschland ein  
5 beeindruckendes und gleichsam unerwartetes Comeback gefeiert. Erstmals seit 2002 hat die SPD eine  
6 Bundestagswahl gewonnen und einen Regierungsauftrag erhalten. Und nicht nur das: Mit 49 Jusos und  
7 mehr ehemaligen Juso-Hochschulgrüppler\*innen als je zuvor, ziehen junge und progressive Stimmen  
8 ins Parlament ein, mit dem Ziel, den Sound des Hohen Hauses nachhaltig zu verändern.

9 Mit den Inhalten des Zukunftsprogramms hat die SPD zudem ein Angebot für eine gerechtere und  
10 zukunftsorientierte Politik gemacht, das bei vielen Wähler\*innen auf Zustimmung gestoßen ist und nun  
11 – in einer Regierung ohne die Unionsparteien – in greifbare Nähe rückt.

12 Dieser Erfolg ist unser aller Verdienst. Im Wahlkampf haben wir ein weiteres Mal bewiesen, dass wir  
13 gemeinsam mit den Jusos das kampagnenfähige und ausdauernde Fundament der Partei sind – und  
14 das aller Schwierigkeiten, Wahlniederlagen der Vergangenheit und der bescheidenen Ausgangslage  
15 zum Trotz. Unsere Präsenz und unser Engagement in der Partei endete jedoch nicht mit dem Tag des  
16 Abplakatierens – im Gegenteil. Mit neuem Selbstbewusstsein im Rücken stehen wir nun bereit, den Weg  
17 der SPD in die Regierung und anschließend ihr Regierungshandeln insbesondere im Hinblick auf  
18 Bildungs- sowie Hochschul- und Wissenschaftspolitik kritisch-konstruktiv zu begleiten. Auch wenn die  
19 Zeit der großen Koalitionen vorbei ist, wird echte soziale und progressive Politik kein Selbstläufer sein.  
20 Wir wollen deshalb weiter hochschulpolitische Expert\*innen und das linke Gewissen der SPD sein – im  
21 Sinne der Studierenden und jungen Menschen und aller im Wissenschaftssystem prekär Beschäftigten.

#### 22 **ROT HEIßT NUR BEI DER VERKEHRSSAMPEL „HALT!“**

23 Für ein progressives Linksbündnis gibt es bei der Zusammensetzung des neuen Bundestages keine  
24 Mehrheit. Um eine Regierung ohne die Union zu bilden, ist eine Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP  
25 notwendig wie alternativlos.

26 Dass dieses Bündnis die Konservativen nach 16 Jahren an der Regierung ablösen wird, ist für uns Grund  
27 zur Freude und Ansporn, längst überfälligen gesellschaftlichen Wandel jetzt auch gesetzlich  
28 umzusetzen und zu gestalten. Sexuelle und körperliche Selbstbestimmung, vollumfängliche  
29 Gleichstellung von LGBTQI, zeitgemäße Netz- und Digitalpolitik sowie Antidiskriminierung und eine  
30 progressive Drogenpolitik: Viele gesellschaftspolitische Anliegen sind in einer Ampel konsensfähig, ein  
31 echter Wandel damit endlich möglich. Genauso lassen alle drei Parteien echten Willen erkennen, in der  
32 Bildungs-, Hochschul- und Wissenschaftspolitik für einen Aufbruch zu sorgen, den es nach 16 Jahren  
33 CDU-Führung im Bundesbildungsministerium dringend braucht. Themen wie etwa Studienfinanzierung,  
34 Digitalisierung und Hochschulleben werden in den nächsten vier Jahren endlich wieder eine Rolle in der  
35 Bundespolitik spielen. Die neue politische Realität mit den Unionsparteien auf der Oppositionsbank  
36 bietet nun die Chance, den hochschulpolitischen Stillstand endlich zu beenden.

37 Diese Aussichten freuen uns, versetzen uns jedoch nicht in Euphorie. Denn ein Handeln der Koalition als  
38 reines links-liberales „Lifestyle-Bündnis“ reicht aus unserer Sicht nicht aus, um die drängenden Fragen  
39 unserer Zeit angemessen – insbesondere auf struktureller und materieller Ebene – zu beantworten. Die  
40 Ergebnisse der Sondierungen haben schon erste Hinweise darauf gegeben, dass eine Politik, die soziale  
41 Ungleichheiten bei der Wurzel packt und sie durch gerechte Umverteilung sowie massive Investitionen  
42 beendet, auch in den nächsten vier Jahren nicht vollends realisierbar sein wird.

43 Wir erkennen an, dass politische Koalitionen auf tragfähige Kompromisse gebaut werden müssen. Von  
44 der SPD fordern wir, dass sie bei der Findung dieser Kompromisse unmissverständlich für sozialen  
45 Ausgleich und strukturelle Veränderungen im Sinne derer handelt, die auf gesellschaftliche Solidarität  
46 und Entlastungen angewiesen sind. Wir Juso-Hochschulgruppen haben den Anspruch, als linke Kraft

47 innerhalb der SPD dafür zu streiten, dass soziale Aspekte nicht einseitig im Sinne des Koalitionsfriedens  
48 und des eigenen Regierungswillens ins Hintertreffen geraten. Ebenso sehr freuen wir uns aber darauf,  
49 der SPD weiterhin als hochschulpolitische Expert\*innen und progressive Stimmen zur Seite zu stehen,  
50 wenn es darum geht, die Bildungspolitik zukunftsfest zu machen.

## 51 **UNSERE HOCHSCHULPOLITISCHEN ANLIEGEN FÜR DIE KOALITIONSVERHANDLUNGEN**

52 Als starke studentische Stimmen haben wir zentrale Themen für junge Menschen – wie eine gerechte  
53 Studienfinanzierung, nachhaltige Mobilität und bezahlbares Wohnen – ins Zentrum unseres  
54 Wahlkampfes gestellt. Die Studierenden und jungen Menschen in der Bundesrepublik erwarten, dass die  
55 SPD diese Versprechen nun in der kommenden Bundesregierung einlöst.

### 56 **Eine Hochschule für alle**

57 Die Hochschule ist ein Ort, an dem eine Teilhabe aller möglich sein muss. Zu diesem Zweck erwarten  
58 wir, dass es ein besonderes Anliegen der Politik der nächsten sozialdemokratisch geführten  
59 Bundesregierung sein wird, bestehende Zugangshürden abzubauen und die Hochschulen weiter zu  
60 öffnen.

61 Gemeinsam mit der SPD wollen wir einen echten Neustart beim BAföG. Dazu muss die SPD ihr zentrales  
62 Wahlversprechen, das BAföG wieder zu einem Vollzuschuss zu machen, einlösen. Außerdem erwarten  
63 wir, dass das BAföG mit erheblich erweiterten Förderansprüchen und elternunabhängiger ausgestaltet  
64 wird, damit endlich wieder mehr Studierende die staatliche Studienfinanzierung erhalten. Die BAföG-  
65 Fördersätze müssen deutlich angehoben und an die tatsächlichen studentischen Bedarfe angepasst  
66 werden. Die SPD muss sich in der Koalition dafür stark machen, dass die bestehenden Altersgrenzen im  
67 BAföG schnellstmöglich aufgehoben werden. Die BAföG-Förderdauer muss durch die nächste  
68 Bundesregierung von der Regelstudienzeit gelöst werden. Weiterhin soll das BAföG um eine einmalig  
69 auszuzahlende, unbürokratische Studienstart-Hilfe ohne eine Bedürftigkeitsprüfung in Höhe von 500  
70 Euro erweitert werden, um vor Beginn des Studiums entstehende Kosten bewältigen zu können.

71 Wir erwarten von der SPD, die frühzeitige, ausfinanzierte Studienorientierung an allen weiterführenden  
72 und berufsbildenden Schulen zu fördern. Über die Möglichkeit eines BAföG-förderfähigen  
73 Orientierungssemesters muss in Zukunft insbesondere Kindern aus Nicht-Akademiker\*innenfamilien  
74 der Start in ein Studium erleichtert werden.

75 Die Numerus-Clausus-Regelungen in vielen Studiengängen bilden weder die tatsächliche Geeignetheit  
76 der Bewerber\*innen für das Studienfach ab, noch ermöglicht das Verfahren effektive Chancengleichheit.  
77 Wir wollen deshalb, dass die SPD in der Bundesregierung Alternativen entwickelt, um den  
78 Hochschulzugang für alle zu ermöglichen.

79 Jeder Mensch sollte die Möglichkeit erhalten, einen Teil seiner Ausbildung im Ausland zu absolvieren.  
80 Dazu muss es insbesondere Nicht-EU-Bürger\*innen erleichtert werden, ein Studium in Deutschland  
81 aufzunehmen. In diesem Zusammenhang müssen durch die SPD monetäre Zugangshürden  
82 abgeschafft, die Zahl erlaubter Arbeitsstunden der von deutschen Studierenden angeglichen und die  
83 Studierenden durch adäquate Beratungs- und Betreuungsangebote unterstützt werden. Digitale  
84 Bewerbungsverfahren und Auswahlprozesse müssen gestärkt werden.

85 Erasmus+ steht für grenzenlose Mobilität in Europa und für ein Semester voller neuer Erfahrungen für  
86 viele Studierende. Darum muss die SPD auf europäischer Ebene weiterhin für die Stärkung dieses  
87 Programms kämpfen. Darüber hinaus fordern wir, dass Europa-Universitäten und dauerhafte  
88 Kooperationen von Hochschulen über die Landesgrenzen hinweg eingerichtet werden. Zudem soll das  
89 europäische Hochschulnetzwerk für Wissenschaft und Forschung weiter ausgebaut werden.

## 90 **Starke Infrastruktur**

91 Spätestens die Erfahrungen aus drei corona-bedingten Online-Semestern haben verdeutlicht, dass die  
92 Hochschulen auf verlässliche und auskömmliche Finanzierung angewiesen sind - insbesondere, um  
93 flächendeckend digitale Infrastruktur zu schaffen.

94 Die SPD muss die auskömmliche Finanzierung der Hochschulen in der Breite sicherstellen. Dazu muss  
95 die Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzierung ausgebaut werden. Die durch die SPD  
96 anzustoßende Offensive bei der Hochschulfinanzierung soll dann auch eine neue Förderung für den  
97 klimaneutralen Campus beinhalten. Über die Erarbeitung eines Alternativmodells zur bestehenden  
98 Kapazitätsverordnung muss zudem dafür gesorgt werden, dass eine umfangreichere Finanzierung der  
99 Hochschulen sich auch auf die Verbesserung der Betreuungsschlüssel in der Lehre niederschlägt.

100 Bei der Digitalisierung der Hochschulen besteht dringender Aufholbedarf. Neben einer guten  
101 Grundfinanzierung müssen Investitionen in die Digitalisierung der Hochschulen deshalb über einen  
102 Bund-Länder-Pakt und die Einführung einer Digitalisierungspauschale für die Hochschulen geschehen.  
103 Um eine Teilhabe aller am digitalen Lehr- und Forschungsbetrieb sicherzustellen, fordern wir eine  
104 Bildungsfltrate für Studierende, den Ausbau von Netzkapazitäten auch in Wohnheimen und Mensen  
105 sowie die flächendeckende Ausstattung der Hochschulen mit digitalen Endgeräten. In Bezug auf die  
106 digitale Lehre steht für uns fest, dass digitale Lehre die analoge Lehre nicht ersetzen kann und darf,  
107 beide Ebenen sich bei entsprechend innovativer Anwendung aber sehr gut ergänzen können. Die  
108 Hochschulen müssen auf ihrem Weg hin zu mehr digitalen Lehr- und Lernangeboten unterstützt werden,  
109 etwa durch die Förderung hochschulübergreifender Konzepte, digitaler und blended Formate sowie die  
110 Entwicklung von offenen Bildungsressourcen (Open Educational Resources).

111 Auch die soziale Infrastruktur muss durch massive Investitionen weiter ausgebaut werden. Dabei ist  
112 eine deutlich bessere Finanzierung der Studierendenwerke unabdingbar, um diese dazu zu befähigen,  
113 ihrer Verantwortung als soziale Partner\*innen der Studierenden nachzukommen. Dies muss über einen  
114 Hochschulsozialpakt zwischen Bund und Ländern geschehen, welcher massive Investitionen z.B. in  
115 nachhaltige und sozialverträgliche Hochschulgastronomie, den Ausbau von  
116 Studierendenwohnheimplätzen, der Kinderbetreuung, des Hochschulsports und in ein stabiles Netz an  
117 sozialer sowie psychologischer Beratung ermöglicht. Die höhere Bezuschussung der  
118 Studierendenwerke soll auch verhindern, dass die Semesterbeiträge für Studierende weiter ansteigen  
119 und so finanzielle Hürden beim Hochschulzugang darstellen. Die Schaffung neuen studentischen  
120 Wohnraums wird dabei eine der großen Kernaufgaben der neuen sozialdemokratisch-geführten  
121 Bundesregierung sein und darf nicht unter der Zielmarke von mindestens 100.000  
122 Studierendenwohnheimplätzen bis 2030 liegen.

123 Studierende müssen eine Mobilitätsgarantie erhalten, um kostenfrei, klimafreundlich und verlässlich  
124 mobil sein zu können. Gemeinsam mit der SPD wollen wir erreichen, dass Hochschulstandorte gut an  
125 den öffentlichen Nahverkehr angebunden und zugleich mit dem Fahrrad erreichbar sind.

## 126 **Gutes Lernen, gutes Arbeiten**

127 Hochschulen sind Lehr-, Lern-, Forschungs- und Arbeitsräume und müssen als solche gute Bedingungen  
128 für alle Mitglieder der Hochschulgemeinschaft bieten. Um allen ein selbstbestimmtes Studium zu  
129 ermöglichen, das nicht nur der Qualifikation, sondern auch der Ausbildung kritischen Denkens dient,  
130 muss das Studium flexibilisiert werden.

131 Damit dies gelingen kann, muss die Regelstudienzeit endlich abgeschafft werden. Sie ist als Kennzahl  
132 völlig ungeeignet.

133 Außerdem erwarten wir von der SPD, eine Garantie auf einen Masterstudienplatz einzuführen, um dem  
134 Recht auf Ausbildung für alle gerecht zu werden. Dazu gehört außerdem das Recht auf Weiterbildung  
135 und beruflichen Neustart, die Förderung des Dualen Studiums sowie von Frauen in MINT-Bereichen, um  
136 über verschiedene Wege den Zugang zu einem Studium für mehr Gruppen zu öffnen.

137 Die Lehre im akademischen Kontext muss aufgewertet werden, ist sie doch das zentrale Element der  
138 Ausbildung und Wissensvermittlung an Hochschulen. Dazu muss der Zukunftsvertrag Studium und  
139 Lehre weiterentwickelt und finanziell aufgestockt werden. Außerdem müssen Kriterien für gute Lehre  
140 normiert werden, die sowohl in der Lehrpraxis als auch in Berufungsverfahren und  
141 Personalentwicklungskonzepten eine elementare Rolle spielen. Eine Aufwertung der Lehre durch die  
142 Implementierung eines Lehrfreisemesters ist für uns unerlässlich.

143 Gerade die Corona-Pandemie hat die Relevanz des Forschungstransfers in die Gesellschaft deutlich  
144 gemacht. Dazu müssen in der kommenden Wahlperiode Open-Access-Publikationen besser finanziert  
145 sowie Ansätze von Open-Source und OER gefördert werden, beispielsweise durch die Gründung einer  
146 digitalen Bildungsplattform. Um Kooperationen zwischen Hochschulen und öffentlichen Einrichtungen  
147 sowie sozialen Trägern zu stärken, soll eine Transfergemeinschaft eingerichtet werden. Außerdem  
148 muss die SPD für gute Forschungsbedingungen sorgen, zum Beispiel durch einen  
149 Mindestbewilligungszeitraum von vier Jahren für Forschungsprojekte bei Ausschreibungen des Bundes.

150 Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) hat seine Dysfunktionalität in den letzten Jahren  
151 eindrücklich bewiesen und muss dringend reformiert werden. Wir erwarten von der SPD, für gute  
152 Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft aktiv zu werden. Dazu gehören vor allem der Ausbau  
153 unbefristeter Mittelbaustellen und von Tenure-Track-Mechanismen. Wer nach der Promotion an der  
154 Hochschule bleibt, braucht entweder eine sichere Perspektive bis zu einer Professur oder eine  
155 unbefristete Stelle im Mittelbau. Die Promotion als zentraler Weg in die Wissenschaft muss attraktiver  
156 gestaltet werden. Dazu gehört ein Tarifvertrag für Promotionsstellen, die aus öffentlicher Hand bezahlt  
157 werden, die Etablierung einer Interessensvertretung für Promovierende und die volle Entlohnung der  
158 Arbeitszeit von Promovierenden. Zudem sollen sie mindestens 50 Prozent ihrer Arbeitszeit für die  
159 Promotion nutzen dürfen.

160 Die kommenden vier Jahre werden zeigen: Es macht einen Unterschied, wer regiert. Doch damit wir alle  
161 diese progressiven Vorhaben in der kommenden Wahlperiode auf den Weg bringen und an den  
162 Hochschulen und für Studierende die hochschulpolitische Zukunft gestalten können, brauchen wir nicht  
163 nur das Bundeskanzleramt, sondern auch ein sozialdemokratisches Bundesbildungsministerium! Denn  
164 dort realisieren wir die Öffnung der Hochschulen für alle, starten den Neuanfang beim BAföG, schaffen  
165 die notwendige Infrastruktur, sorgen für gute Lehre und stellen gute Arbeit an den Hochschulen sicher.  
166 Unsere Partei ist die Partei der Bildungsgerechtigkeit, darum ist es an der Zeit, dass wieder ein\*e SPD-  
167 Politiker\*in auf dem Chef\*innen-Sessel des Bildungsressorts Platz nimmt.

## 168 **DEN HOCHSCHULPOLITISCHEN AUFBRUCH JETZT MITGESTALTEN!**

169 Die Studierenden und Hochschulen brauchen jetzt einen echten progressiven Aufbruch. Mit dem  
170 Wechsel der Unionsparteien auf die Oppositionsbank stehen die Vorzeichen dafür gut. Diese einmalige  
171 Chance darf jetzt nicht verpasst werden. Wir Juso-Hochschulgruppen stehen bereit, den  
172 hochschulpolitischen Aufbruch mitzugestalten!